

# Wilsdruffer Tageblatt

Verleger: Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar monatlich 2 M., durch unsere Ausdrucker pagiert in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Postboten sowie unter Ausdrucker und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Insertionspreis 2 M. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltige Korpuszeile 1 M. Die Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile 50 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg. Vorbestellung 10 Pfg. Für die Zustellung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Erste Ausgabe seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Häffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 122

Sonnabend den 27. Mai 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die amerikanischen Finanzleute machen eine Anleihe an Deutschland davon abhängig, daß die Entente auf weitere Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland verzichtet.
- \* Reichswirtschaftsminister Schmidt erstattete im Reichstagsauschuß einen Bericht über Genua.
- \* Der Reichsrat hat die erhöhten Postgebühren ab 1. Juli genehmigt.
- \* Bei einem nächtlichen Zusammenstoß des Linienfähres „Dammover“ mit dem Torpedoboot „S 18“ fanden 10 deutsche Seeleute den Tod.
- \* In Berlin fand eine Tagung der Kolonialdeutschen statt, die sich dafür aussprach, daß Deutschland wieder Kolonien haben müsse.

## Kolonien?

Die aus ihren Arbeitsgebieten vertriebenen Kolonialdeutschen trafen in Berlin zusammen und faßten eine Entschliessung, in der die Rückgabe der geraubten Kolonien gefordert wird. Der Versailler Vertrag hat Deutschland die Kolonien mit der Begründung entzogen, daß Deutschland sie nicht verwalteten könne und daß Recht verwickelt habe, als zivilisierte Macht aufzutreten und Neuland zu zivilisieren. Die Entente hat sich nicht gekümmert, den Krieg auch auf Afrika zu übertragen, und dort haben Schiffe an Schiffe mit den deutschen Truppen die Eingeborenen für Deutschland gekämpft und dadurch ihre Abhängigkeit und ihre Dankbarkeit für die deutsche zivilisatorische Arbeit erwiesen. Offiziell stehen die ehemaligen deutschen Kolonien unter der Verwaltung des Völkerbundes und die Mandate sind noch nicht endgültig verteilt, aber schon zeigt sich der Verfall in den Kolonien sowohl bei den von England als auch den von Frankreich verwalteten. Die rechten Kinder Deutschlands sind zu Steufern ihrer Mandatare geworden. Die fremde Kolonisationsarbeit geht darauf aus, alles Deutsche aus den Kolonien auszurotten und dafür die eigene nationale Eigentümlichkeit zu übertragen.

Namentlich die Engländer haben mit allerding zu weilen recht grausamen Mitteln ihre Kolonien hochzubringen verstanden, bei den ehemaligen deutschen Gebieten verfaßt ihre Kunst, und das ist ein glänzendes Zeugnis für die deutsche Arbeit, daß die Lüge von dem mangelhaften deutschen Verständnis für Kolonisation schlagend widerlegt. Die Verwaltung der deutschen Kolonien wird auf diese Weise für die Mandatare eine immer größere Last. Deutschland gab seinen Überschuß an Volkskraft und an finanziellen Möglichkeiten für seine Kolonien aus. So machte die Erschließung solche Fortschritte, daß die Kolonien nicht mehr unrentabel waren. Aber der Krieg hat auch hier vieles zerstört, und so gilt es jetzt, von neuem anzufangen. Wenn die fremden Mandatare glauben, sie würden eine weitere Einnahmequelle erhalten, haben sie sich getrrt, die Verwaltung der Kolonien sofort ihnen weit aus mehr, als sie einbringt. Dabei geht der Wohlstand unserer ehemaligen Kolonien dauernd zurück. Die sozialen Verhältnisse haben sich erheblich verschlechtert, die Eingeborenen fühlen sich unglücklich und verlangen die deutsche Verwaltung zurück. Noch ist die Mandatsverteilung nicht endgültig erfolgt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn die Bekriedung der Welt weitere Fortschritte macht, auch Deutschland wieder herangezogen werden muß zur Verwaltung seiner alten Arbeitsgebiete. Aber das hat noch gute Wege, und nur die Verhältnisse, die härter sind als die politischen Interessen der Mächte, können dazu führen. Aber die wirtschaftliche Entwicklung geht darauf hinaus. England namentlich macht es wenig aus, ob es zu seinem Kolonialbesitz, der an sich schon übergewaltig ist und dem Mutterlande die größten Schwierigkeiten macht, einige Gebiete behält, die ihm auf lange Zeit hinaus nur um so größere Kosten machen. Es sieht den Ausfall in doppelter Hinsicht.

Wenn England für die Revision der Reparationsbedingungen eintritt, so wird es dabei durch seine wirtschaftlichen Notwendigkeiten gezwungen, durch die es darauf angewiesen ist, Deutschland unter seinen Kunden zu sehen. Wenn aber diese Revision glücklich sein sollte, wird es sich zeigen, daß das deutsche Wirtschaftsproblem trotzdem noch ungelöst bleibt. Deutschland kann als Konsument um so eher für England eine Quelle des Gewinns sein, als seine Volkswirtschaft die früheren Grundlagen ihres Gedeihens zurückverliert. Deutschland wurde aber in seiner ganzen Entwicklung immer mehr auf seine koloniale Tätigkeit angewiesen, wo es den im Mutterlande nicht notwendigen Zuwachs an Menschen und Waren anlegte. Nur wenn diese Voraussetzungen wieder bestehen, kann es ein zufriedeneres und lauffähigeres Deutschland wieder geben, und England würde bei einer teilweisen Rückgabe der Kolonien an Deutschland zum mindesten durch Entlastung der Mandatarmacht auf der einen Seite die Ausgaben für diese Kolonien und die Verwaltungsarbeit einsparen, auf der anderen Seite durch Deutschlands gehobene Kaufkraft Nutzen ziehen. Frankreich wird freilich die gewonnene Vergrößerung mit unehrfürer Zähigkeit verteidigen, wie es überhaupt einer Revision des Friedensvertrages die größten Widerstände entgegensetzt. Der Kolonialbesitz dürfte also auf lange

Zeit hinaus nicht in vollem Umfange zu Deutschland wiederkehren, aber die Entwicklung bereitet es vor, daß wenigstens ein Teil zur Stützung der deutschen Volkswirtschaft zum alten Mutterlande zurückkehrt, und zwar rein aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die ebenso im Interesse Englands wie in dem Deutschlands liegen.

## Die Tagung der Kolonialdeutschen.

Berlin, 24. Mai.  
In der Universität fand der Hauptversammlungs der von der Arbeitsgemeinschaft der kolonialen und kolonial interessierten Vereine Berlins statt. Der Rektor der Universität Geh. Rat Prof. Dr. Kernst hielt die Begrüßungsansprache über das Thema Wissenschaft und koloniale Betätigung, in der er ausführte, die Veranstaltung der gegenwärtigen Kolonialtagung bezwecke, daß Verständnis und Sinn für Deutschlands koloniale Betätigung jetzt noch weiterleben, Prof. Kernst hob hervor, welche Leistungen die deutsche Wissenschaft auf dem Gebiete der Kolonialforschung und der in den Kolonien austretenden Studien aufzuweisen habe. Es sei zu hoffen, daß aus den Stillschanden unserer Kolonialpolitik wieder ein Aufstieg folgen werde. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika Seitz besprach die Wirksamkeit Deutschlands in Togo, Kamerun und Deutsch-Südwest-Afrika. Der jetzige Zustand sei unheilbar. Es müsse die Forderung erlitten werden, daß die deutschen Kolonien wieder unter die deutsche Hoheit gelangen.

## Wirtschaftsminister Schmidt über Genua.

Grundlagen für wirtschaftspolitische Befundung.  
Als erster der deutschen Hauptdelegierten von Genua hat sich vor dem Kanzler der Reichswirtschaftsminister Schmidt einem auch der Öffentlichkeit zugänglichen Bericht erstattet, und zwar hat er, seinem Arbeitsgebiet entsprechend, im volkswirtschaftlichen Ausmaß des Reichstages einen eingehenden Überblick über die Verhandlungen der wirtschaftlichen Kommission auf der Genuaer Konferenz gegeben.

Die wirtschaftspolitische Situation der säkroeuropäischen Vorkriegsstaaten bezeichnete er im Ganzen als günstig, während umgekehrt die großen Industrieländer unter der Zerschlagung des europäischen Wirtschaftszusammenhangs besonders empfindlich leiden. Auch die weltpolitische Stellung, Nationalismus oder Pazifismus, erweist sich in erster Linie begründet durch den Grad des Wohlstandes der einzelnen Staaten an der Produktions- und Konsumtionsfähigkeit der anderen Länder. So muß ein wesentlicher Grund für die Angriffsfront der französischen Politik darin gesehen werden, daß Frankreich in verhältnismäßig geringem Grade von der Wirtschaft anderer Länder abhängt. Die russische Wirtschaft bleibt auf Jahre hinaus darauf angewiesen, von den westlichen Staaten mit Geld und Produktionsmitteln unterstützt zu werden. Es steht außer Zweifel, daß das westeuropäische Kapital sich an der russischen Wirtschaft nur unter rein kapitalistischen Formen beteiligen wird. Selbstverständlich wird die russische Regierung sich alle Mühe geben, — und sie wird, wie der Minister betonte, dabei Deutschland an ihrer Seite finden, — eine Kolonialisierung Russlands zu verhindern.

Aber die in Genua geführten Beratungen zur allgemeinen Zollpolitik bemerkte der Minister: Von deutscher Seite war von Anfang an die einseitige Reibbegünstigung des Versailler Vertrages als ein der Hauptthemen der nationalen Wirtschaft in den Vordergrund gestellt worden. Deutschland sah sich bei diesem für seine künftige Handelspolitik entscheidenden Vorstoß unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer, insbesondere von England. Schließlich wurde ja auch das Zentrum der Handelsverträge mit dem Ziele allgemeiner Reibbegünstigung als Hauptforderung in die Beschlüsse aufgenommen. Wenn Deutschland, erklärte der Minister zum Schluß, in der nächsten Zeit mit einer größeren Anzahl von europäischen Staaten Handelsabkommen abschließen wird, so werden ihm die Beschlüsse der Genuaer Konferenz eine überaus wertvolle Grundlage für seinen Wiedereintritt als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Wirtschaft sein.

## Die „internationale“ Reparationsfrage.

Ohne Schuldenverminderung keine Anleihe.  
Die Pariser Verhandlungen des Finanzministers Hermal haben einen internationalen Meinungsaustausch über die Regelung des Zahlungsproblems herbeigeführt. So findet eine Äußerung des „Daily Telegraph“ viel Beachtung, in der gesagt wird, bevor irgend eine Aktion von den Alliierten gemeinsam oder von einer einzelnen Macht für den Fall, daß Deutschland am 31. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, vorgenommen werde, müsse die Reparationskommission erst feststellen, daß Deutschland vorläufig seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Daraufhin wolle dann noch eine Besprechung aller Unterzeichner des Versailler Vertrages stattfinden.

Alle vernünftigen Franzosen seien sich jetzt klar darüber, daß das Deutsche Reich nur durch internationale finanzielle Unterstützung in die Lage versetzt werden könne, seinen Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich nachzukommen und daß eine Unterstützung dieser Art nicht erfolgen werde, wenn Frankreich von neuem zu Gewalt schreite.

Wogan und Dr. Biffering würden dies in

ihrer Erörterung mit den Sachverständigen der Reparationskommission zum Ausdruck bringen. Wogan selbst, der jetzt in Paris weilt, hat sich geweigert, den Journalisten irgendwelche Erklärungen zu geben, aber aus seiner Umgebung verlautet, daß in Sachverständigenkreisen damit gerechnet wird, daß die Verhandlung des Komitees zwei bis vier Wochen dauern werden. Man werde während der Konferenz Informationen aus alliierten Bankzentren heranziehen müssen. Auf Grund dieser Informationen werde das Komitee vorschlagen, daß der Gesamtbeitrag der Reparationen herabgesetzt werde. Zu der Bedingung, daß die alliierten Regierungen sich verpflichten sollen, von ferneren militärischen Sanktionen gegen Deutschland abzusehen, erklärt man in Kreisen der Reparationskommission, daß diese eine solche Bedingung nicht annehmen können, da sie gegen die Souveränität der Kommission verstoße.

## Die angeblichen deutschen Vorschläge.

Von deutscher Seite wird über die Pariser Besprechungen Stillstimmungen bewahrt. Daher muß das, was französische Blätter melden, mit Vorsicht aufgenommen werden. Es heißt dort: Hermal sagte voraus, daß Deutschland das Rotoratorium endgültig gewährt werde und es insofern nur 750 Millionen Goldmark zu bezahlen und für 1 Milliarde 750 Millionen Waren zu liefern hätte. Dazu kämen dann noch die gelegentlichen Kosten für die Ausgleichsbureaus zur Entschädigung Privatier sowie für die interalliierten Kommissionen.

## Die kommende Zwangsanleihe.

Annahme des Gesetzes im Reichsrat.  
In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Reichsrat mit den Einzelheiten des Zwangsanleihegesetzes. Die Ausschüsse haben die Vorlage in wesentlichen Punkten geändert, teilweise unter Widerspruch der Reichsregierung. Die Ausschüsse beschloßen, das unmitttelbar nach Abschluß der zinslosen Zeit, vom 1. November 1925 ab, bereits 4 Prozent Zinsen gezahlt werden. Eine weitere Änderung bezieht sich auf die Freigrenze. Die Ausschüsse haben sie erweitert in der Weise, daß einmal ohne Rücksicht auf die Art des Vermögens 100 000 Mark freibleiben, dann aber auch die Freigrenze sich auf 300 000 Mark erhöht, wenn das Vermögen hauptsächlich aus Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes besteht und das Gesamteinkommen für 1921 30 000 Mark nicht übersteigt. Die Freigrenze von 1 Million ist hauptsächlich auf den Fall beschränkt worden, daß das Einkommen besonders aus diesem Vermögen herrührt und das Gesamteinkommen 50 000 Mark nicht übersteigt, soweit es sich um Personen handelt, die entweder über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind.  
Der Tarif, der für die natürlichen Personen ursprünglich für die ersten 250 000 Mark 2 Prozent vorsah, ist dahin geändert, daß für die ersten 100 000 Mark 1 Prozent und für die nächsten 150 000 Mark 2 Prozent gezeichnet werden sollen. Der Reichsrat rohm die Beschlüsse des Ausschusses an.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Die deutschen Aktien von 1871 bis 1914.

Unter dem Titel „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt demnächst die Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Durchlegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenwerkes der deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Öffnung der deutschen Archive. Das diplomatische Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges soll hier der Öffentlichkeit übergeben werden. Die erste jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

### Die Pensionskürzungen im Reichstagsauschuß.

Das Pensionskürzungsgezet beschäftigte den Hauptauschuß des Reichstages. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag gegen die sozialistischen Stimmen, nach dem erst Arbeitseinkommen über 60 000 Mark den Kürzungen unterworfen werden sollen. Angenommen wurde die Bestimmung, daß das Gesetz keine Anwendung finden soll auf Personen, die nach Vollendung des 60. Lebensjahres auf Wartegeld oder in den Ruhestand versetzt werden. Der Demokrat Debus will in der zweiten Lesung einen Antrag stellen, daß die Bestimmung auf zwangsweise auf Grund ärztlicher Atteste pensionierte Beamte ausgedehnt werde, die bereit seien, wieder in den Dienst einzutreten.

### Erhöhung der Gebühren für Geschworene.

Der Reichsjustizminister Radbruch hat soeben im Reichstag den Entwurf eines neuen Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen eingebracht. Der neue Entwurf sieht folgendes vor: Die Schöffen und die Vertrauenspersonen des Auschusses erhalten eine angemessene Entschädigung für